

Mehr Debatte wagen!

Deutsche Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit

Robert Schütte und Rana Deep Islam

Beinahe täglich berichten die Medien über Kampfhandlungen der Bundeswehr in Afghanistan. Immer öfter werden hierbei deutsche Soldaten, Taliban oder gar unbeteiligte Zivilisten getötet. Umfragen zeigen dementsprechend, dass eine erhebliche Mehrheit der Bundesbürger das Militäringagement in Afghanistan mittlerweile ablehnt. Dieser öffentliche Unmut bleibt nicht ohne Wirkung. Auch Politik und Journalismus diskutieren Exitstrategien und mögliche Abzugstermine der Bundeswehr aus Afghanistan. Vor diesem Hintergrund wird offenbar, wie schnell politische Dogmen in sich zusammenbrechen. „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ war das gestrige Mantra. Heute scheint zu gelten: „Raus aus Afghanistan“.

Es steht außer Frage, dass der Bundeswehreinsatz am Hindukusch nicht auf Dauer gegen die explizite Ablehnung der deutschen Öffentlichkeit zu führen ist. Sowohl für die Regierungskoalition als auch für die parlamentarische Opposition gilt daher: Wer gewählt werden möchte, wird die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen müssen. Dennoch stellt sich unweigerlich die Frage: Warum wird die Debatte um das Für und Wider des deutschen Afghanistaneinsatzes erst jetzt so intensiv geführt? Erscheint es nicht paradox, heute eine Diskussion in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins zu stellen, die eigentlich bereits vor vielen Jahren hätte geführt werden müssen? Die vergangenen zehn Jahre, die das Afghanistanengagement mittlerweile währt, haben genügend Zeit gelassen, der deutschen Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken und klipp und klar die Fallstricke eines solchen Einsatzes zu benennen. Stattdessen herrschte konsequentes Schweigen oder Beschönigen. Erinnert sei an dieser Stelle an die Beharrlichkeit, mit der die ehemaligen Regierungspartner CDU/CSU und SPD versuchten, den Einsatz in Afghanistan unter keinen Umständen als Krieg zu bezeichnen und das Thema am besten ganz aus ihren Wahlkämpfen im Jahre 2009 herauszuhalten. Diese Verdrängungsstrategie ist demoskopisch und politisch gescheitert.



Robert Schütte, M. A.,
geb. 1980, Vorsitzender
von Genocide Alert,
Doktorand an der Univer-
sität zu Köln.
robert.schuette@
genocide-alert.de

Wo liegt also der außenpolitische Hase im Pfeffer? Einerseits sind außenpolitische Diskussionen weitestgehend auf Zirkel mit hoher Expertendichte im Bundestag und in Ministerien beschränkt. Auf diese Weise werden außenpolitische Entscheidungen in unzureichendem Maße einer öffentlichen und kritischen Diskussion unterworfen. Andererseits sind die deutschen Volksparteien nur sehr eingeschränkt zu ergebnisoffenen Diskussionen bereit und werden so ihrer meinungsbildenden Funktion nicht immer voll gerecht. Ein Mangel an demokratischer Kontrolle und Legitimation ist die Folge.

Zivilgesellschaftliche Teilhabe fördern

Eine Öffnung der sicherheitspolitischen Streitkultur würde Deutschland gut tun, um öffentliche und demokratische Teilhabe dauerhaft zu generieren. Ein Blick über den Tellerrand erscheint sinnvoll. Der US-amerikanische Diskurs in Sachen Sicherheitspolitik weist demokratische Beteiligungsmechanismen auf, die für die Situation hierzulande von Nutzen sein könnten. Dazu gehört die gängige Praxis der *Revolving Doors*. Wissenschaftliche Einrichtungen und sogenannte Denkfabriken geben amerikanischen Außenpolitikern in Oppositionszeiten die Möglichkeit, diejenigen Konzepte zu erarbeiten, die es zurück in der Regierungsverantwortung umzusetzen gilt. Hierbei handelt es sich keineswegs um ausschließlich der Wissenschaft verschriebene Einrichtungen. Vielmehr verfolgen viele dieser Denkfabriken eine offen formulierte politische Agenda, deren Ziel es ist, eine erneute Amtsübernahme konzeptionell vorzubereiten.

Der amerikanische Diskurs beschränkt sich nicht bloß auf Politiker, Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler. Ganz im Gegenteil hat sich in einigen US-amerikanischen Metropolen eine offene und bunte außen- und sicherheitspolitische Szene etabliert, vornehmlich in Washington, D.C., New York und Boston. Zahlreiche Tagungen, Konferenzen, Podiumsdiskussionen etc. bieten ein Forum für eine Vielfalt von gesellschaftlichen Interessenvertretern, Fachexperten, Nichtregierungsorganisationen, Militärs, Unternehmern, Studierenden, Stiftungen oder Handelsvertretern. Zahlreiche weitere Akteure bereichern die amerikanische Sicherheitsdebatte und



Rana Deep Islam, MA,
geb. 1982, Doktorand
Universität Nürnberg-
Erlangen.
rdislam@gmail.com

ergeben in der Summe ein Meinungsspektrum, das nicht von unerheblicher Bedeutung für die Artikulation amerikanischer Sicherheitspolitik ist. Gewiss, eine solch pluralistische Debatte-
 tenkultur ist nicht unkritisch zu betrachten. Der britische Historiker Timothy Garton Ash monierte zurecht, dass auf dem überfüllten Markt der politischen Ideen nur derjenige gehört wird, der am lautesten schreit. In der Welt der Politik heißt dies oftmals, die Dinge zu vereinfachen. Bezeichnenderweise waren die großen Leitgedanken, welche den politischen Diskurs der jüngsten Vergangenheit im euroatlantischen Raum maßgeblich geprägt haben, amerikanische Ideen, denen es gemein war, komplexe Zusammenhänge pointiert zu formulieren: „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama oder „Der Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington sind Beispiele für eine Darstellung internationaler Zusammenhänge, die ihre Popularität wohl auch ihrer Prägnanz und Einfachheit zu verdanken haben. Dennoch bleibt unter dem Strich übrig, dass Außenpolitik in den USA nicht bloß auf den parlamentarischen und regierungsinternen Diskurs beschränkt bleibt. Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Vertreter stehen in einem engen Beziehungskontext. Dies gewährleistet, dass internationale und sicherheitsrelevante Fragen stets einen Bestandteil der öffentlichen Debatte bilden. Auch deutsche Entscheidungsträger sollten solchen politischen Netzwerken und Diskussionsforen in Zukunft einen höheren Stellenwert gewähren und die Einmischung dieser nicht parlamentarischen Einrichtungen in die sicherheitspolitische Debatte mehr als Katalysator denn als verzichtbare Hürde eines demokratischen Entscheidungsfindungsprozesses betrachten. Dazu zählt zum Beispiel auch, die Arbeit außenpolitischer Denkfabriken zu fördern und die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um von außen heranzugewonnene internationale Expertise sicherzustellen.

Öffentlichkeit von unten

So sehr der politische Rückenwind für den Ausbau einer sicherheitspolitischen Szene zu wünschen ist, so steht doch außer Frage, dass es sich dabei vor allen Dingen um einen Elitendiskurs handeln würde. Bereits terminologisch wird deutlich, dass einer *Szene* immer auch der Makel der Exklusivität anhaftet. Fest steht aber, dass neben der diskursiven Einbindung

gesellschaftlicher Interessenvertreter auch die Beteiligung der Gesellschaft in ihrer Gänze Ziel einer neu gedachten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein sollte. Gerade den politischen Parteien kommt hierbei eine außerordentliche Wichtigkeit zu, bieten sie doch die Möglichkeit, Menschen nicht nur zu informieren, sondern sie gleichzeitig auch aktiv in den Diskussionsprozess einzubinden.

Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD schienen lange Zeit kein merkliches Interesse daran zu haben, entsprechende Diskussionen auch außerhalb ihrer Bundesparteivorstände zu führen. Bei den Christdemokraten stellt sich ohnehin die Frage, inwieweit ein innerparteilicher Gesprächsbedarf überhaupt vorhanden ist, treffen doch Entscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr generell auf einen recht breiten politischen Konsens. Selbst zu Zeiten der sogenannten Irakkrise der Jahre 2002/03, als sich auch in Deutschland eine Welle der öffentlichen Empörung gegen die amerikanischen Kriegspläne breitmachte, schien die Basis der CDU/CSU die Haltung ihrer Parteiführung mitzutragen, die eine deutsche Beteiligung an der Intervention nicht ausschloss. Und auch in der Diskussion um Zustimmung und Teilnahme an der Libyen-Intervention im Frühjahr 2011 waren in der CDU/CSU kaum kritische Stimmen zu hören, als Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle eine Enthaltung im UN-Sicherheitsrat verfügten. Dennoch muss die Union als Volkspartei ein Interesse daran haben, ein breiteres Meinungsspektrum abzubilden. Die Befassung von Parteitag und Regionalkonferenzen mit Fragen der aktuellen Afghanistanpolitik wäre ein erster Schritt, um die Teilhabe der eigenen Mitglieder zu ermöglichen.

Diffiziler gestaltet sich die Lage bei den Sozialdemokraten, die sich gerne im Lichte ihres Nobelpreisträgers Willy Brandt als Friedenspartei definieren. Dementsprechend war das innerparteiliche Murren groß, als sich in den vergangenen Jahren verstärkt abzeichnete, dass deutsche Soldaten am Hindukusch nicht bloß Wiederaufbau in Uniform leisten, sondern auch zur Waffe greifen müssen. Nach der wahlpolitischen Stunde Null des Jahres 2009 rief das Parteivolk dementsprechend nicht nur nach einer Revision der Agendareformen. Auch die bisherige Haltung der Sozialdemokraten in Sachen Afghanistan

stand auf dem Prüfstand. Die SPD-Führung scheint nunmehr willens, der Basta-Politik der Vergangenheit eine neue Diskussionskultur entgegenzusetzen, Afghanistan mit eingeschlossen. Hierzu sollen grundlegende Entscheidungen im Vorfeld diskutiert und Positionen der Basis mit einbezogen werden. Es bleibt aber abzuwarten, ob Initiativen zur stärkeren Einbindung der Parteibasis von nachhaltiger Natur sein werden oder lediglich den jeweiligen Redebedarf bedienen sollen.

Feststeht: Eine dauerhafte Auseinandersetzung mit deutscher Sicherheitspolitik kann sich nicht nur auf das Thema Afghanistan beschränken. Die Bundeswehr ist weltweit an zahlreichen Orten im Einsatz, sei es auf dem Balkan, am Horn von Afrika oder im Libanon. Keiner dieser Einsätze ist ungefährlich und keiner dieser Einsätze sollte unkritisch abgenickt werden. Die großen Parteien wären daher gut beraten, ihre außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung verstärkt dem kritischen Blick ihrer Mitglieder auszusetzen und sich auf diese Weise einem verstärkten Begründungsdruck auszusetzen. In Anbetracht einer komplexen sicherheitspolitischen Bedrohungslage wird der nächste Auslandseinsatz der Bundeswehr unweigerlich kommen. Der Fall Afghanistan hat uns hierbei eines vor Augen geführt: Das Weglaufen vor schwierigen Diskussionen und notwendiger Überzeugungsarbeit führt zu größeren, nicht geringeren Problemen. 🌐